

<https://afsaneyebahar.com/2023/07/28/20696240/>

Das remilitarisierte Deutschland spielt in der Ukraine auf Zeit
Eine ehemalige Großmacht wird unruhig, weil die politischen, wirtschaftlichen
und historischen Gegebenheiten in Bewegung geraten sind

Von M.K. Bhadrakumar

Consortium News, 13.07.2023

(<https://consortiumnews.com/2023/07/13/remilitarized-germany-playing-long-game-in-ukraine/>)

Übersetzt und kommentiert von Fee Strieffler und Wolfgang Jung, 28.07.2023

Die Hypothese, dass die angelsächsische Achse eine zentrale Rolle im Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine spielt, ist nur teilweise richtig. Tatsächlich ist Deutschland nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant der Ukraine.

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte auf dem NATO-Gipfel in Vilnius der Ukraine ein weiteres Waffenpaket im Wert von 700 Millionen Euro zu. Es besteht aus zusätzlichen Panzern, Munition und Patriot-Luftabwehrsystemen. Er erklärte, Berlin stehe bei der militärischen Unterstützung der Ukraine an vorderster Front. [s. <https://www.deutschland.de/en/news/germany-pledges-further-arms-package-for-ukraine>].

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius betonte: "Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Durchhaltefähigkeit der Ukraine." Hinter der Show, die beide in Vilnius abgezogen haben, könnten jedoch noch andere Motive stecken.

Eigentlich ist das Engagement Deutschlands auf die vernichtende Niederlage gegen die Rote Armee zurückzuführen und hat daher wenig mit der Ukraine selbst zu tun.

Die Ukraine-Krise hat nur den Vorwand für die beschleunigte Militarisierung Deutschlands geliefert. Gleichzeitig haben auch die revanchistischen Gefühle (gegenüber Russland) einen neuen Höhepunkt erreicht, und zwar "partiübergreifend" in allen deutschen Parteien der Mitte, – in CDU/CSU, SPD und Grünen.

In einem (taz-)Interview am vergangenen Wochenende meldete sich auch Roderich Kiesewetter, der führende Experte der CDU für Außen- und Verteidigungspolitik, zu Wort. Er war früher Oberst und von 2011 bis 2016 Vorsitzender des Reservisten-Verbandes der Bundeswehr. Kiesewetter schlug vor, die NATO solle in Erwägung ziehen, die russischen Versorgungslinien nach Kaliningrad abzuschneiden, falls die Lage in der Ukraine dies erfordere. "Damit könnten wir testen, wie Putin reagiert, wenn er unter Druck gerät", lautete seine Begründung. [s. <https://taz.de/Roderich-Kiesewetter-ueber-Nato-Gipfel/!5943263/>]

In Berlin scheint man noch immer nicht vergessen zu können, dass die alte preußische Stadt Königsberg, die heute Kaliningrad heißt, im April 1945 kapitulieren musste.

Stalin hatte 1,5 Millionen seiner Soldaten, die mit mehreren tausend Panzern und Flugzeugen ausgerüstet waren, befohlen, die in der Festung Königsberg verschanzten Panzerdivisionen der Nazis anzugreifen. Die Eroberung der stark befestigten Stadt Königsberg durch die Rote Armee wurde in Moskau mit einer Artilleriesalve aus 324 Kanonen gefeiert, die jeweils 24 Granaten abfeuerten.

Nichts ist in Berlin vergessen

Kiesewetters Äußerungen zeigen, dass man in Berlin den Verlust der Stadt Königsberg acht Jahrzehnte danach noch nicht vergessen und verziehen hat. Auch deshalb ist Deutschland der engste Verbündete der Regierung Biden im Krieg gegen Russland.

Die Bundesregierung hat Verständnis für die umstrittene Entscheidung der Biden-Administration geäußert, die Ukraine mit Streumunition zu beliefern. Der Sprecher der Berliner Regierung äußerte dazu: "Wir sind sicher, dass sich unsere amerikanischen Freunde die Entscheidung, diese Art von Munition zu liefern, nicht leicht gemacht haben."

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte: "In der jetzigen Situation sollte man sich den USA nicht in den Weg stellen." Der CDU-Spitzenpolitiker Kiesewetter schlug in einem Interview mit der grünen Tageszeitung taz sogar vor, der Ukraine "Garantien und notfalls auch nukleare Unterstützung zu geben, als Zwischenschritt bis zur NATO-Mitgliedschaft".

Am Rande des NATO-Gipfels in Vilnius hat Rheinmetall, der große, 135 Jahre alte deutsche Rüstungskonzern, bekannt gegeben, dass er in den nächsten 12 Wochen an einem ungenannten Standort in der Westukraine ein Werk für gepanzerte Fahrzeuge eröffnen wird.

Dort sollen zunächst deutsche Transportpanzer Fuchs (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Fuchs_\(Panzer\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Fuchs_(Panzer))) gebaut und repariert werden. Die Herstellung von Munition und möglicherweise sogar von Flugabwehrsystemen und Panzern ist geplant.

Der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall erklärte am Montag gegenüber CNN, das neue Werk solle, ebenso wie andere ukrainische Waffenfabriken, vor russischen Luftangriffen geschützt werde [s. <https://edition.cnn.com/2023/07/10/business/rheinmetall-german-tank-factory-ukraine/index.html#:~:text=Rheinmetall%20will%20open%20an%20armored,is%20at%20war%20with%20Russia>]. Deutschland hat die 2022 vorgesehene Summe von 2 Milliarden Euro für die Aufrüstung der ukrainischen Streitkräfte mehr als verdoppelt. Sie beträgt jetzt rund 5,4 Mrd. Euro und soll auf 10,5 Mrd. Euro aufgestockt werden.

Streit mit Polen

Geht es (im Ukraine-Krieg) nur um Russland? Die deutsche Regierung muss eigentlich wissen, dass die Ukraine schlichtweg keine Chance hat, Russland militärisch zu besiegen. Sie spielt deshalb im Ukraine-Krieg auf Zeit und versucht dabei im Westen der Ukraine Fuß zu fassen, wo nicht Russland, sondern Polen der Gegner ist.

Seit dem Vormarsch der zaristischen Armee in Galizien im Jahr 1914 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_in_Galizien) hat Russland eine schwierige Geschichte mit ukrainischen Nationalisten. Sollte sich der Krieg in der Ukraine auf den Westen des Landes ausweiten, liegt dies sicher nicht im Interesse Russlands, es müsste aus militärischer Notwendigkeit heraus geschehen.

Der sowjetische Sieg auf dem Gebiet der heutigen Ukraine im Oktober 1944, die Besetzung Osteuropas durch die Rote Armee und die Verhandlungen der Alliierten führten dazu, dass die Westgrenze Polens zu Deutschland und die Westgrenze der Ukraine zu Polen neu gezogen wurden.

Vereinfacht gesagt: Für die Eingliederung der deutschen Ostgebiete im Westen stimmte Polen im Gegenzug der Abtretung seiner östlichen Provinzen Wolhynien und Galizien an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik zu (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ukrainische_Sozialistische_Sowjetrepublik). Ein gegenseitiger Bevölkerungsaustausch schuf erstmals seit Jahrhunderten eine klare ethnische und politische Grenze zwischen Polen und der Ukraine.

Es ist durchaus denkbar, dass der laufende Ukraine-Krieg (durch Abtrennung der von Russland beanspruchten Gebiete) die territorialen Grenzen der Ukraine im Osten und Süden radikal verändern wird. Möglicherweise werden aber auch die nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen der Ukraine vorgenommenen Grenzänderungen (von Polen) in Frage gestellt.

Russland hat wiederholt davor gewarnt, dass Polen die Abtretung Wolhyniens und Galiziens an die Ukraine rückgängig machen möchte. Bei einer solche Umkehr der nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogenen Grenzänderungen würde mit Sicherheit (aus Deutschland) auch die Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete erhoben, die heute zu Polen gehören.

Vielleicht hat Warschau in Erwartung derartiger Turbulenzen schon im Oktober letzten Jahres, nur acht Monate nach Beginn der russischen Intervention im Februar 2022, von Berlin die Zahlung von Reparationen in Höhe von 1,3 Billionen Euro für im Zweiten Weltkrieg verursachte Schäden gefordert [s. <https://www.dw.com/en/poland-demands-13-trillion-in-wwii-reparations-from-germany/a-63322046#:~:text=What%20are%20Poland%27s%20demands%3F,that%20Warsaw%20could%20demand%20more>] Nach deutscher Auffassung wurden Reparationsforderungen (und Grenzänderungen) mit dem 1990 geschlossenen "Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (dem sog. Zwei plus Vier-Vertrag, s. <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43784/vertrag-ueber-die-abschliessende-regelung-in-bezug-auf-deutschland-zwei-plus-vier-vertrag/>) ausgeschlossen.

Im Rahmen der Potsdamer Konferenz von 1945 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Potsdamer_Konferenz) wurden die "ehemaligen deutschen Ostgebiete", die mit 23,8 Prozent fast ein Viertel der Fläche der Weimarer Republik ausmachten, zum größten Teil an Polen angegliedert. Der Rest, bestehend aus dem nördlichen Ostpreußen einschließlich der Stadt Königsberg, das heute Kaliningrad heißt, wurde der Sowjetunion zugesprochen.

Die Bedeutung der früheren Ostgebiete für die deutsche Kultur und Politik darf nicht verkannt werden. Eine ehemalige Großmacht wird immer dann unruhig, wenn die politischen, wirtschaftlichen und historischen Gegebenheiten in Bewegung geraten. Dann kommen plötzlich wieder revanchistische Ansprüche hoch, die bisher – sorgfältig abgeschirmt durch diplomatische Zusicherungen – unter der Oberfläche gehalten wurden. Und nationalistisch geprägte Expansionspläne werden plötzlich wieder hervorgeholt.

Rückblickend darf auch die üble Rolle des damaligen deutschen Außenministers und heutigen Bundespräsidenten Walter Steinmeier nicht vergessen werden. Der hat sich nämlich nach dem Maidan-Putsch in Kiew im Jahr 2014 bei den neonazistischen Elementen des neuen ukrainischen Regimes angebedert (s. <https://www.fr.de/politik/faschisten-vorbilder-11445494.html>). Auch Steinmeiers Perfidie bei der Umsetzung des Minsker Abkommens (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Steinmeier-Formel>), die im Februar von der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel zugegeben wurde (s. <https://www.rnd.de/politik/absolut-unerwartet-putin-zeigt-sich-enttaeuscht-von-merkel-wegen-ihren-aeusserungen-zur-ukraine-VYEHHWXLHBBSJCU4CQVLGP7HJ4.html>), darf nicht in Vergessenheit geraten.

Auch wenn Russland den Krieg in der Ukraine gewinnt, müssen sich deutsche Außenpolitiker wieder einmal fragen lassen, in welchen Grenzen sie Deutschland eigentlich sehen?

Der Krieg in der Ukraine scheint für die deutsche Politik nur ein Mittel für einen ganz anderen Zweck zu sein. Jüngste Berichte deuten darauf hin, dass Berlin möglicherweise auch der Forderung der Ukraine nach Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Taurus_\(Marschflugk%C3%B6rper\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Taurus_(Marschflugk%C3%B6rper))) nachgibt. Sie haben eine Reichweite von mehr als 500 Kilometern und einen einzigartigen "Multifunktionssprengkopf", der die Kampfdynamik auf dem Schlachtfeld stark verändern und die Voraussetzungen für einen Sieg der Ukraine schaffen könnte.

Außerdem stellen deutsche Soldaten bereits etwa die Hälfte der NATO-Battlegroup, die in Litauen präsent ist (s. dazu unbedingt auch https://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP09917_180617.pdf). Verteidigungsminister Boris Pistorius sagte vor zwei Wochen bei einem Besuch in Vilnius, Deutschland bereite die Infrastruktur für die dauerhafte Verlegung von 4.000 Soldaten – "eine robuste Brigade" – nach Litauen vor, damit die militärische Flexibilität an der Ostflanke

der NATO aufrechterhalten werden könne. Die Entscheidung wird sowohl von der deutschen Regierungskoalition als auch von der größten Oppositionspartei unterstützt.

Der CDU-Experte für Außenpolitik und Bundestagsabgeordnete Kieseewetter nannte die Idee, einen dauerhaften deutschen Stützpunkt im Baltikum zu errichten, eine "Entscheidung der Vernunft und Verlässlichkeit".

Auch in der Vergangenheit hat es schon Versuche gegeben, den deutschen Einfluss im Baltikum zu verstärken und revisionistischen Ansprüchen gegenüber den neuen Staaten Estland, Lettland und Litauen geltend zu machen, weil bereits im 12. und 13. Jahrhundert deutsche Siedler dort ansässig waren.

M.K. Bhadrakumar ist ein ehemaliger Diplomat. Er war Indiens Botschafter in Usbekistan und der Türkei.

Dieser Artikel erschien ursprünglich auf der Website Indian Punchline (s. <https://www.indianpunchline.com/germany-creates-equity-in-western-ukraine/>)

(Wir haben den Artikel mit DeepL-Unterstützung übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten.)

Anmerkungen der Übersetzer:

Außerhalb der von den Staaten der NATO und der G7 gebildeten Kriegstreiber-Allianz wird der totale Kurswechsel der deutschen Politik, den Kanzler Scholz mit seiner "Zeitenwende"-Rede vollzogen hat (s. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundestkanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf>), offensichtlich noch sehr viel kritischer gesehen als von vereinzelt Friedensfreunden in der Bundesrepublik.

M.K. Bhadrakumar, der indische Autor des übersetzten Artikels (s. <https://www.indianpunchline.com/about-me/>), hat die Einstellung deutscher Politiker zum Krieg in der Ukraine untersucht und ist zu dem Schluss gekommen, dass die Bundesrepublik dort auch sehr gefährliche eigene Ziele verfolgt. Er warnt vor der Auferstehung des deutschen Militarismus und offen und aggressiv vorgetragenen revanchistischen Forderungen. Diese militaristische und revanchistische deutsche Politik hat schon zwei Weltkriege verursacht. In der Hoffnung, die Folgen der verheerenden Niederlage gegen die Sowjetunion rückgängig machen zu können, unterstützt die Berliner Regierung den

US-Imperialismus gerade mit allen Mitteln bei der Vorbereitung des Dritten und letzten Weltkrieges, der nicht nur Deutschland auslöschen würde.

Alle friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik, die noch zu klarem, unvoreingenommenem Denken fähig sind, müssen wenigstens versuchen, eine weitere Eskalation gemeinsam zu verhindern: durch aufklärende Gespräche mit Verwandten und Bekannten, Protestbriefe an Volksvertreter auf allen Ebenen, Flugblattaktionen bei öffentlichen Veranstaltungen und mit möglichst vielen Demos an möglichst vielen Orten. Alle verantwortungsbewussten Menschen müssen beim Organisieren des überlebenswichtigen vereinten Widerstandes mithelfen!